

# Kinderfreundliche Stadt

## Ailinger und Grüne: Verkehr langsamer machen

**REUTLINGEN (bus).** Die „überdurchschnittlich hohe Zahl verletzter Kinder auf Reutlinger Straßen“ bleibt ein Thema des Elternparlaments. Vorsitzende Dr. Edith Ailinger und die Grünen-Politiker Boris Palmer (MdL), Christoph Joachim und Beate Müller-Gemmeke erläuterten gestern bei einem Pressegespräch, wie dem Übel abgeholfen werden könne: mit Tempo-30- und verkehrsberuhigten Zonen.

Das Elternparlament machte schon im Jahr 2001 darauf aufmerksam. Doch „die Situation ist immer noch dieselbe“, sagte Ailinger. Zwar sei jetzt zur Verkehrssicherheit „ein runder Tisch am Laufen“ und eine Projektgruppe „Kinderunfälle“ bei der Stadt eingerichtet worden, doch „die Stadtverwaltung wollte die Tatsache lange nicht wahrhaben“. Schon vor zwei Jahren hätten sich 320 Eltern schriftlich an den OB mit der Bitte gewandt, sich doch für eine kinderfreundliche Stadt stark zu machen. Doch erst als das Elternparlament das Statistische Landesamt bemühte und die Statistiker die Zahlen bestätigten, sei die Verwaltung auf Anregungen von außen eingegangen. Der vom Rathaus beauftragte Gutachter habe dann allerdings außerstädtische Unfälle herausgerechnet und das Ergebnis abgemildert.

Wenn auch das jüngst eingeführte Tempo-Limit in der Ringelbachstraße „in die richtige Richtung weise“, hätte der Oberbürgermeister doch viel schneller reagieren müssen, lautet Ailingers Vorwurf an die Verwaltung. Bei dem Pressegespräch warte sie ausschließlich mit „grünen Experten“ deshalb auf, weil „die Grünen als einzige das Thema ernst genommen haben“. Für Grünen-Stadtrat

Joachim war „die Entwicklung in Reutlingen vorhersehbar“, sagte er, nachdem der Gemeinderat 1990 das Hauptstraßenverkehrsnetz großzügig beschlossen habe. Immerhin verunglücken 67 Prozent der Kinder auf Straßen, auf denen mehr als Tempo 30 gefahren werden dürfe. Grünen-Anträge, „Ringelbachstraße und Schanzstraße aus dem Vorbehaltsnetz herauszunehmen“, seien vom Gemeinderat abgelehnt worden. Genau dieses müsse man aber „sehr genau unter die Lupe nehmen“.

Landtagsabgeordneter Boris Palmer diagnostizierte einen Mentalitätsunterschied auch in Sachen Straßenverkehr zwischen den beiden Städten Reutlingen und Tübingen. Der Tübinger Gemeinderat habe sogar einen Rechtsstreit mit dem Regierungspräsidium nicht gescheut, als er um das Zinser-Dreieck herum Tempo 30 einführen wollte – aber dann verloren, habe aber ansonsten Tempolimits überall dort verordnet, wo die Stadt allein zuständig sei.

Reutlingen gehe „den umgekehrten Weg“. Selbst dort, wo die Stadt allein entscheiden dürfe, „kann man Tempo 50 fahren“, was weniger Sicherheit bedeute. Dabei sollte das Rathaus doch „aufschrecken, wenn so viele Unfälle mit Kindern passieren“. Um deren Situation zu stärken, müsse zunächst Bundes- und Landesrecht zugunsten kommunaler Entscheidungsfreiheit geändert werden, müsse aber das Rathaus auch offener werden gegenüber „Anregungen von außen“ und die Stadt dann vermehrt Tempo-30 und verkehrsberuhigte Zonen ausweisen. Das sieht auch Kreisvorstandsmitglied Müller-Gemmeke so. Für sie hängt die physische und psychische Gesundheit der Kinder mit deren Bewegungsfreiheit zusammen. „Das geht sogar bis in die Betreuungsangebote hinein.“ Reutlingen „kindgerecht machen“ sei gewiss nötig. Doch da tue sich noch viel zu wenig.